

**FÖRDERANTRAG  
ZWECKGEBUNDENER KOMMUNALKREDIT**

zur Unterbringung von Flüchtlingen

an die

**Investitions- und Strukturbank  
Rheinland-Pfalz (ISB)  
OE 1.132  
Holzhofstraße 4  
55116 Mainz**

Datum der Antragstellung:

Eingangsvermerk

**1. Antragsteller**

Name der Körperschaft			
Straße/Haus-Nr.		<b>Ansprechpartner</b>	
PLZ/Ort		Name, Vorname	
		Telefon	
		Fax	
		E-Mail	

Gebietskörperschaft

Kommunaler Eigenbetrieb (rechtlich unselbstständig) (bitte Satzung beifügen!)

Kommunaler Zweckverband (bitte Satzung beifügen!)

<b>Zweckverbandsmitglieder</b>			
Lfd. Nr.	Kapital-anteil in %	Stimmrechts-anteil in %	Name
1			
2			
3			
4			

**2. Vorhaben** (bitte das vollständig ausgefüllte Formular „Vorhabensbeschreibung“ beifügen!)

**Maßnahmenart**

- Herrichtung von vorhandenen Gebäuden für die Unterbringung von Flüchtlingen
- Herrichtung überlassener Bundes- und Landesliegenschaften für die Unterbringung von Flüchtlingen
- Ankauf von Wohngebäuden „Privater“ für die Nutzung durch Flüchtlinge
- Errichtung von Gebäuden in Modulbauweise für die Unterbringung von Flüchtlingen
- Erneute Herrichtung von Wohneinheiten für Flüchtlinge

### 3. Beantragtes Kommunaldarlehen (bitte Kreditaufnahmebeschluss des zuständigen Bewilligungsgremiums beifügen!)

**Kreditbetrag insgesamt**  EUR (Mindest-Kreditbetrag: 100.000,00 EUR)

#### Bei Aufteilung in 2 Teilbeträge\*:

1. Tranche	<input type="text"/>	EUR	Auszahlung <sup>1</sup> am	<input type="text"/>
2. Tranche	<input type="text"/>	EUR	Auszahlung <sup>1</sup> am	<input type="text"/>
Zinsbindungs-/Laufzeitende am	<input type="text"/>	(Die maximale Zinsbindung/Laufzeit beträgt 10 Jahre.)		
Zinsberechnung	30/360	act/360		
Zins**-/Tilgungstermine	jährlich	halbjährlich	vierteljährlich	
(zum 30.03., 30.06., 30.09. und 30.12. eines jeden Jahres)				

<sup>1</sup> Die Auszahlung kann am 30.03., 30.06., 30.09. oder am 30.12. eines Jahres erfolgen. Sofern es sich beim beantragten Auszahlungstag nicht um einen Bankarbeitstag, an welchem Kreditinstitute in Frankfurt am Main geöffnet haben, handelt, so findet die „modified following“-Regelung Anwendung.

Festzinsdarlehen als	Rückzahlung			
<b>Endfälliges Darlehen</b>	in einer Summe am Laufzeitende			
<b>Tilgungsdarlehen</b>	in gleich hohen	Jahresraten	Halbjahresraten	Vierteljahresraten
	in Höhe von jeweils	<input type="text"/>		EUR
	erstmal am	<input type="text"/>	sowie einer Schlussrate in Höhe der Restschuld am Laufzeitende	

**Angebotsabgabe durch die ISB<sup>2</sup>**  am  um  Uhr

<sup>2</sup> Die Abgabe eines Finanzierungsangebotes durch die ISB kann frühestens 4 Bankarbeitstage vor der Darlehensauszahlung erfolgen.

#### Dem Antrag liegen folgende Anlagen bei:

- Vorhabensbeschreibung gemäß Formular (Anlage 1)
- Kreditaufnahmebeschluss des zuständigen Bewilligungsgremiums
- Betriebssatzung (bei Eigenbetrieben) bzw. Verbandssatzung (bei Zweckverbänden)
- bei Zweckverbänden: aktueller Handelsregisterauszug sowie Kopie/n der/des amtlichen Lichtbildausweise/s der/des Unterzeichner/s

\* Eine Aufteilung in 2 Teilbeträge ist nur möglich, wenn beide Beträge jeweils mit Auszahlungsdatum im Antrag angegeben werden.

\*\* Der Zinssatz beträgt 0 % p.a. für die ersten 3 Jahre der Laufzeit. Ggf. kann eine Verlängerung der zinsfreien Zeit gewährt werden.

Nachdem alle Rechnungen für das beantragte Vorhaben bezahlt wurden, hat der Antragsteller der ISB unaufgefordert einen vereinfachten Verwendungsnachweis (ein Muster steht unter [www.isb.rlp.de](http://www.isb.rlp.de) zum Download zur Verfügung) vorzulegen.

Dem Rechnungshof Rheinland-Pfalz stehen gemäß § 91 LHO Prüfungsrechte für dieses Programm zu.

Alle Angaben zur Antragsberechtigung, zum Verwendungszweck und zur Einhaltung der beihilferechtlichen Vorgaben der EU-Kommission sind subventionserheblich im Sinne von § 264 des Strafgesetzbuches in Verbindung mit § 2 des Subventionsgesetzes.

Wir bestätigen, dass die beantragten Kreditmittel nicht für Maßnahmen verwendet werden, die geeignet sind, den freien Wettbewerb zu beeinflussen (im Sinne von Artikel 107 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union). Insbesondere bestätigen wir, dass etwaige Vorgaben des europäischen Beihilferechts beachtet wurden und werden.

Wir versichern die Richtigkeit der gemachten Angaben. Wir stimmen der Weitergabe dieser zwecks fachlicher Prüfung durch das Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen (MIFKJF) zu. Insbesondere versichern wir, dass der zweckgebundene Kommunalkredit nicht für Umschuldungen verwendet wird. Uns ist bewusst, dass für uns kein Rechtsanspruch auf eine Kreditgewährung besteht. Des Weiteren sind wir damit einverstanden, dass die ISB das Ministerium der Finanzen und das MIFKJF quartalsweise und auf Anforderung über das von uns für das beantragte Vorhaben in Anspruch genommene Darlehen unterrichtet.

<input type="text"/>		
Ort und Datum		Dienstsiegel
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Name des Unterzeichners	Amtsbezeichnung des Unterzeichners	Unterschrift
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Name des Unterzeichners	Amtsbezeichnung des Unterzeichners	Unterschrift

## VORHABENSBECHREIBUNG

zum Förderantrag für einen zweckgebundenen Kommunalkredit zur Unterbringung von Flüchtlingen

### 1. Antragsteller

Name der Körperschaft			
Straße/Haus-Nr.		<b>Ansprechpartner</b>	
PLZ/Ort		Name, Vorname	
		Telefon	
		Fax	
		E-Mail	

### 2. Vorhaben

#### Maßnahmenart

- Herrichtung von vorhandenen Gebäuden für die Unterbringung von Flüchtlingen
- Herrichtung überlassener Bundes- und Landesliegenschaften für die Unterbringung von Flüchtlingen
- Ankauf von Wohngebäuden „Privater“ für die Nutzung durch Flüchtlinge
- Errichtung von Gebäuden in Modulbauweise für die Unterbringung von Flüchtlingen
- Erneute Herrichtung von Wohneinheiten für Flüchtlinge

#### Investitionsobjekt

Straße/Haus-Nr.		PLZ/Ort	
-----------------	--	---------	--

Voraussichtliches Gesamtinvestitionsvolumen		EUR
Benötigtes Kommunaldarlehensvolumen		EUR
Größe der Liegenschaft		m <sup>2</sup>
Wohnfläche		m <sup>2</sup>
Nutzfläche		m <sup>2</sup>
Voraussichtliche Nutzungsdauer bis		
Beginn der Maßnahme*		
Voraussichtliche Fertigstellung		

Entsteht/Entstehen durch die Maßnahme zusätzliche/r Wohnraum/Unterkunftsgebäude?      ja      nein

Soll eine Gemeinschaftsunterkunft entstehen?      ja      nein

Anzahl der Wohneinheiten	
--------------------------	--

\* Mit der Maßnahme darf nicht vor dem 03.02.2015 begonnen worden sein. Beginn des Investitionsvorhabens ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages.

Anzahl der Räume	Anzahl	
Insgesamt		
davon		Wohnraum/-räume
davon		Küche/n
davon		Bad/Bäder
davon		Duschraum/-räume
davon		Toilette/n
davon		Aufenthaltsraum/-räume
davon		Schulungsraum/-räume
davon		Beratungsraum/-räume
davon		Lageraum/-räume

Außenfläche vorhanden? ja nein

Größe der Außenfläche m<sup>2</sup>

Besteht Barrierefreiheit? ja nein

Wie viele Personen können das/die Gebäude bewohnen?	Anzahl
Insgesamt	
In den einzelnen Wohneinheiten	

Nachdem alle Rechnungen für das beantragte Vorhaben bezahlt wurden, hat der Antragsteller der ISB unaufgefordert einen vereinfachten Verwendungsnachweis (ein Muster steht unter [www.isb.rlp.de](http://www.isb.rlp.de) zum Download zur Verfügung) vorzulegen.

Dem Rechnungshof Rheinland-Pfalz stehen gemäß § 91 LHO Prüfungsrechte für dieses Programm zu.

Alle Angaben zur Antragsberechtigung, zum Verwendungszweck und zur Einhaltung der beihilferechtlichen Vorgaben der EU-Kommission sind subventionserheblich im Sinne von § 264 des Strafgesetzbuches in Verbindung mit § 2 des Subventionsgesetzes.

Wir bestätigen, dass die beantragten Kreditmittel nicht für Maßnahmen verwendet werden, die geeignet sind, den freien Wettbewerb zu beeinflussen (im Sinne von Artikel 107 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union). Insbesondere bestätigen wir, dass etwaige Vorgaben des europäischen Beihilferechts beachtet wurden und werden.

Wir versichern die Richtigkeit der gemachten Angaben. Wir stimmen der Weitergabe dieser zwecks fachlicher Prüfung durch das Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen (MIFKJF) zu. Insbesondere versichern wir, dass der zweckgebundene Kommunalkredit nicht für Umschuldungen verwendet wird. Uns ist bewusst, dass für uns kein Rechtsanspruch auf eine Kreditgewährung besteht. Des Weiteren sind wir damit einverstanden, dass die ISB das Ministerium der Finanzen und das MIFKJF quartalsweise und auf Anforderung über das von uns für das beantragte Vorhaben in Anspruch genommene Darlehen unterrichtet.

<div style="border: 1px solid black; height: 20px; width: 100%;"></div> <p>Ort und Datum</p>	<div style="border: 1px solid black; height: 20px; width: 100%;"></div> <p>Dienstsiegel</p>	
<div style="border: 1px solid black; height: 20px; width: 100%;"></div> <p>Name des Unterzeichners</p>	<div style="border: 1px solid black; height: 20px; width: 100%;"></div> <p>Amtsbezeichnung des Unterzeichners</p>	<div style="border: 1px solid black; height: 20px; width: 100%;"></div> <p>Unterschrift</p>
<div style="border: 1px solid black; height: 20px; width: 100%;"></div> <p>Name des Unterzeichners</p>	<div style="border: 1px solid black; height: 20px; width: 100%;"></div> <p>Amtsbezeichnung des Unterzeichners</p>	<div style="border: 1px solid black; height: 20px; width: 100%;"></div> <p>Unterschrift</p>

Fachliche Stellungnahme des Ministeriums für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen

[Empty box for content]

Aus fachlicher Sicht stimmt das MIFKJF der Gewährung eines zweckgebundenen Kommunaldarlehens durch die ISB zur beantragten Maßnahme zu. nicht zu.

[Empty box for location and date]

Ort und Datum

[Empty box for signature]

Unterschrift MIFKJF